

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 6. Stadtratssitzung 2016
Datum SR-Sitzung: 7. November 2016
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:25 Uhr
Ort: Gemeindesaal, Kirchbühl 23, Burgdorf (2. Stock)

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 27. Oktober 2016 und 3. November 2016 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsident	Yves Aeschbacher
Stimmzähler	Larissa Fankhauser und Anna de Quervain
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Daniel Beck, Stefan Berger, Peter Biedermann, Tabea Bossard-Jenni, Theophil Bucher, Georg Burkhard, Hermann Dür, Karin Fankhauser, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Urs Gnehm, Yves Greisler, Thomas Grimm, Tobias Kälin, Fabian Käsermann, Beatrice Kuster Müller, Pierre Manz, Christine Meier, Marcel Meier, David Niederhauser, Urs Pfister, Bruno Rosser, Andreas Rössler, Andreas Stettler, Peter von Arb, Werner Weber, Christoph Wyss, Michael Ritter, Gabriela Bannwart, Peter Hauser, Manfred Schaffer
Entschuldigt	Barbara Lüthi-Kohler, Adrian Merz, Francesco Rappa
Stadtpräsidentin	Elisabeth Zäch
Mitglieder des Gemeinderates	Martin Aeschlimann, Charlotte Gübeli, Hugo Kummer, Andrea Probst, Peter Urech, Annette Wisler Albrecht
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftspersonen	Peter Hofer, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 19. September 2016	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	3
- Gebäudesanierungsstrategie	4
- Budget 2017	7
- Dringliche Motion SVP und Mitunterzeichnende betreffend Parkplätze im Bahnhofquartier Burgdorf	13
- Motion GLP betreffend Lohnbegrenzung Stadtpräsidium	16
- Motion Grünen Burgdorf betreffend 20% barrierefreies Wohnen	18
- Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Städte setzen ein solidarisches Zeichen - Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!	19
- Interpellation SP-Fraktion betreffend die Förderung des autofreien bzw. autoarmen Wohn- und Siedlungsbaus	20
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	20

Appell

Der durch die Stimmzählerin Fankhauser Larissa durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR)

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2016-48 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 19. September 2016

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 19. September 2016.

SRB: 2016-49 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves begrüsst die Anwesenden zur sechsten Sitzung im Jahr 2016.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass für allgemeine Ratsgeschäfte eine Redezeit von fünf Minuten gilt. Angesichts der Traktanden wird heute etwas genauer darauf geachtet. Für die Interpellation gilt eine Redezeit von zwei Minuten. Im Weiteren weist der Vorsitzende auf den Anlass vom 26. und 27. November 2016 hin. Im Stadthaus Burgdorf findet die Nacht der langen Messer zu den Gemeindewahlen statt. Am Sonntag ab 12.00 Uhr werden die Wahlergebnisse live im Stadthaus übertragen. Es wäre schön, wenn zahlreiche Besucher teilnehmen würden. Die letzte Stadtratssitzung in diesem Jahr vom 12. Dezember 2016 wird zirka um 17.30 Uhr beginnen, weil im Anschluss das Jahresschlussessen des SR stattfindet. Die Einladung dazu folgt zu gegebener Zeit. Das Jahresschlussessen findet im Restaurant National statt.

SRB: 2016-50 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderat Aeschlimann Martin informiert über den Erweiterungsbau Schulanlage Pestalozzi. Es handelt sich um ein erfolgreiches Projekt der Stadt Burgdorf. Mittlerweile kann die Schulanlage gut gebraucht werden. Bei der Sporthalle ist ein wesentlicher Mangel aufgetreten. Der Sonnenschutz hat von Anfang an nicht richtig funktioniert. Die Storen wurden für die herrschenden Windverhältnisse falsch dimensioniert. Dieser Mangel lag nicht an der Ausschreibung der Stadt Burgdorf. Die beauftragte Firma hat die Detailplanung zu optimistisch vorgenommen. Die Storen haben vor allem bei Windstößen in Front zu den Storen nicht funktioniert. Die Abklärungen haben lange gedauert. Es brauchte Expertisen und verschiedene Handlungen. In der Zwischenzeit hat man sich aussergerichtlich geeinigt. Die betroffene Firma hat einen beachtlichen Betrag an die Stadtkasse bezahlt. Die Stadt Burgdorf hat den

Sonnenschutz durch eine andere Firma ersetzen beziehungsweise reparieren lassen. Der Sonnenschutz ist fertiggestellt. Der Sonnenschutz wurde verstärkt und eine grössere Anlage montiert. Die Storen funktionieren gut. Die Steuerung wurde eingestellt, dass die Storen automatisch funktionieren. Für die Beschattung wurde nur eine Store auf der Südseite montiert. Auf der nördlichen Seite wurde darauf verzichtet, weil keine erforderlich ist. Für Anlässe die eine Verdunkelung brauchen, hat man mit der Hallenbad AG eine Lösung gefunden. Der Sonnenschutz ist sowieso nicht als Verdunkelung gedacht, sondern als Sonnenschutz. Der Garantiefall konnte für alle Beteiligten gut abgeschlossen werden.

SRB: 2016-51 | Registratur-Nr. 7.70.7010.12

Gebäudesanierungsstrategie

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, informiert, dass die Gebäudestrategie eine lange Vorgeschichte aufweist. Am 17. Dezember 2012 wurde der Auftrag der SP-Fraktion vom SR überwiesen. Ein Teil dieses Auftrages hat die vorliegende Gebäudestrategie beinhaltet. Das gewählte Vorgehen für die Umsetzung der Gebäudestrategie und der Umsetzung des Auftrages ist nachvollziehbar. Es handelt sich bei der Gebäudestrategie um ein sehr langfristiges und umfangreiches Projekt. Die Gebäudestrategie zeigt uns den Sanierungsbedarf der städtischen Gebäude für die nächsten 25 Jahre. Die Kosten basierend auf dem STRATUS-Tool belaufen sich auf 84 Mio. Franken, das heisst rund 3 bis 4 Mio. Franken pro Jahr. Der aktuelle Versicherungswert der städtischen Gebäude liegt bei 257 Mio. Franken. Dreiviertel davon gehören zum Verwaltungsvermögen. Wie auf der Seite 7 unter Punkt 4 steht, dürfte die Finanzierung dieser Massnahmen eine relativ grosse Herausforderung sein. Insgesamt vermittelt die Gebäudestrategie einen sehr guten Überblick über den Zustand der Gebäude und erfordert eine Priorisierung der Massnahmen. Die GPK hat das Geschäft an der letzten Sitzung beraten. Die Vorlage ist ausführlich und gut dokumentiert und begründet. Insgesamt sind den Grundlageakten 19 Dokumente beigelegt. Das Geschäft ist formell in Ordnung. Die GPK überweist das Geschäft zur Beratung und Beschlussfassung an den SR.

Gemeinderat Aeschlimann Martin teilt mit, dass nicht alle parlamentarische Vorstösse den gleichen Aufwand in der Verwaltung erfordern. Dieser Vorstoss hat die Baudirektion und Finanzdirektion gleich über mehrere Jahre beschäftigt. Der Auftrag der SP-Fraktion wurde am 17. Dezember 2012 mit 33 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen. Der zweite Punkt des Auftrages konnte im Rahmen des periodischen Reportings im Geschäftsbericht erledigt werden. Der erste Punkt des Auftrages ist schlaue formuliert, tönt simpel und irgendwie selbstverständlich. Der Gemeinderat (GR) soll aufzeigen, mit welchen Mitteln und Zielsetzungen man die eigenen Gebäude unter Berücksichtigung der Vorgaben des Energierichtplanes sanieren will. Doch bei der genaueren Auseinandersetzung kamen die Fragen. Was ist eigentlich mit einer Gebäudestrategie gemeint? Wie wir wissen, sind Gebäude nicht oder nicht mehr für die Ewigkeit gebaut. Sie dienen über Generationen als Hüllen für die verschiedensten Nutzungen. Schliesslich werden sie irgendwann verlassen. Und wenn sie es bis dahin nicht zum Baudenkmal geschafft haben, kommt üblicherweise die Abbruchfirma. Auch Gebäude sind also einem Lebenszyklus unterworfen. Es handelt sich um einen langanhaltenden Prozess, der oft so unauffällig verläuft, dass er zu wenig oder zu spät wahrgenommen wird. Deshalb werden die Planungs- und Baukosten eher überschätzt, die späteren Kosten für Betrieb und Unterhalt unterschätzt. Es ist also nicht weiter erstaunlich, dass der GR und die Verwaltung nicht einfach auf Knopfdruck diesen Auftrag erledigen konnten. Wer im Netz nach dem Thema Immobilienstrategie recherchiert, wird feststellen, dass nur eine Handvoll Gemeinden und Kantone in der Schweiz eine Immobilienstrategie öffentlich dokumentiert haben. Dabei sind die Abweichungen in Inhalt und Struktur dieser Strategiepapiere beachtlich. Offenbar gibt es in diesem Bereich keine standardisierten Vorgaben für die öffentliche Hand. Hier herrscht noch Entwicklungsgebiet. Als Beispiel dient der Kanton Zürich. Im September 2015 war in einer Zeitung über die Debatte im Kantonsrat zu lesen: "Im Kanton Zürich ist eine Immobilienstrategie

in Sicht. Heute fehlt dem Kanton der Überblick über die eigenen Immobilien und geplanten Investitionen im Bereich der Liegenschaften." Diese Aussage deckt sich auch mit der Erfahrung von Gemeinderat Aeschlimann Martin als Mitglied der Bau- und Planungskommission des Kantons. Der GR hat den Auftrag ernst genommen und zunächst eine gründliche Auslegeordnung vorgenommen. An dieser Stelle gilt der Dank den Herren Kräuchi Peter, Hofer Peter und Hänsenberger Peter, die viele Stunden investiert haben. Burgdorf konnte sich immerhin, da sind wir weiter als der Kanton und viele andere Gemeinden, auf zwei Tools abstützen. STRATUS, ein Instrument für den Immobilienunterhalt, und EnerCoach, ein Energiebuchhaltungsprogramm. Beide Instrumente sind allerdings limitiert. Es handelt sich nur um statistische Grundlagen, sie liefern zwar ein ungefähres Gesamtbild, sind jedoch in den Kostenaussagen zu unscharf. Auflagen der Denkmalpflege, aktuelle Sicherheitsvorschriften (Erdbeben, Brandschutz, Schadstoffe, Absturzsicherungen, etc.), energetische Anforderungen, Komfortverbesserungen (z.B. Komfortlüftungsanlagen), Behindertengängigkeit, geänderte Nutzungsbedürfnisse, etc. und die sogenannten wertvermehrenden Kosten werden nicht dargestellt. Am Beispiel der Kostenrechnung, die einerseits mit dem GEAK (Gebäudeausweis der Kantone) und andererseits der Kostenberechnung der Gebäudeanalyse des Büros Bürgi Schärer von Bern ermittelt wurde, zeigt eine signifikante Differenz von Fr. 780'000.-- zu 3.5 Mio. Franken. Aus diesen Gründen hat der GR entschieden, zuerst an drei vergleichbaren Bauten desselben Bautyps (Schulbauten) vertiefte Gebäudeanalysen mit Kostenschätzungen erstellen zu lassen. Aspekte der Nutzungsplanung und Nutzerwünsche wurden dabei nicht berücksichtigt. Die Analyse hat gezeigt, dass die Grössenordnung der Instandsetzungskosten der drei untersuchten Gebäude mit den Werten von Stratus übereinstimmen (8.3 gegenüber 7 Mio. Franken), beim Einzelobjekt jedoch grössere Abweichungen entstehen. Die Analyse hat wichtige Erkenntnisse geliefert. Die prognostizierten Gesamterneuerungskosten entsprechen in etwa dem Versicherungswert der GVB. Zwei Drittel davon sind Instandsetzungskosten, welche in den nächsten ein bis zwei Legislaturperioden zu tätigen sind. Die energetischen Mehrkosten betragen weniger als 20% der Investitionskosten und sind langfristig amortisierbar. Investitionen für die Einhaltung der aktuellen Vorschriften und in den Komfort machen etwa einen Fünftel der Kosten aus. Wenn man davon ausgeht, dass die durchschnittliche Lebensdauer eines Gebäudes bei zirka 80 Jahren liegt, wird schnell klar, dass die Lebenszykluskosten ein Vielfaches der ursprünglichen Erstellungskosten ausmachen. Für die finanzkompetenten Organe ist deshalb die Tabelle auf Seite 7 bis 8 der Vorlage wichtig. Es wird die Differenz zwischen den Soll- und Ist-Investitionen, zwischen den theoretisch erforderlichen und den tatsächlich getätigten Investitionen, aufgezeigt. Es wird nach Instandhaltung und Instandsetzung unterschieden. Der Begriff Unterhalt wird nach SIA 469 Instandhaltung genannt und ist als "Bewahren der Gebrauchstauglichkeit durch einfache und regelmässige bauliche Massnahmen" definiert. Die Instandsetzung, umgangssprachlich "Sanierung" genannt, ist das "Wiederherstellen der Sicherheit und Gebrauchstauglichkeit für eine festgelegte Dauer" und umfasst eine weitgehende Erneuerung von Bauteilen oder Elementen. Die Differenz bei der Instandsetzung ist auffallend hoch. Der Sollwert beträgt das Vierfache der heutigen Investitionen! Hier muss klar ein aufgestauter Unterhalt diagnostiziert werden. Dabei vergrössert sich dieses Defizit von Jahr zu Jahr, da die Kurven unterschiedlich steil ansteigen. Bei der Instandhaltung sieht die Sache besser aus. Dies erklärt die Bewertung befriedigend gut auf der Seite 4. Der kommende GR wird sich mit der Gebäudestrategie weiter befassen müssen. Es gilt, einen Überblick zu verschaffen und Etappierungspläne zu erstellen. Dabei sind die aktuellen Nutzerbedürfnisse, vor allem bei den Schulanlagen, einzubeziehen und in den Kosten zu erfassen. Die Gebäudestrategie der Stadt wird nur brauchbar sein, wenn der GR und SR bereit sind, die erforderlichen Mittel einzustellen. Eine Finanzierungsmöglichkeit wurde von der Finanzdirektion aufgezeigt. Die Verwendung der Mittel aus der Neubewertungsreserve. Wie in Punkt 1 Ausgangslage erwähnt, befasst sich diese Vorlage unter dem Titel Gebäudestrategie nur mit der einen Seite der Münze. Die andere Seite umfasst die Aspekte Stadtentwicklungsstrategie, Boden- und Wohnbaupolitik, aktive Land- und Immobilienpolitik, Investitions- und Desinvestitionsstrategie, langfristige politische Planungs- und Entwicklungsziele. Dieser Teil muss erst noch erarbeitet werden. Erst dann kann von einer umfassenden Immobilienstrategie die Rede sein. Im Immobilienmanagement gilt, nach der Fertigstellung eines Gebäudes fängt die Arbeit erst an. Für die kommenden SR und GR gilt dasselbe. Nach der heutigen Debatte über die Gebäudestrategie geht die Arbeit erst richtig weiter. Die SP hat einen Vorstoss lanciert, der das Potenzial hat, Verwaltung und Politik noch für lange Zeit zu beschäftigen. Man hofft, die Herausforderung wird angenommen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass die Gebäudestrategie ein wichtiger Teil des Energierichtplans ist. Beim Energierichtplan wurden bereits diverse wichtige Punkte effizient umgesetzt wie zum Beispiel kein Atomstrom mehr. Die Stadt Burgdorf will nun in einem weiteren Punkt vorwärts machen und zwar mit dem Ersatz der fossilen durch erneuerbare Energien zum Heizen der städtischen Liegenschaften. Im Energierichtplan handelt es sich um die Massnahme 5, die auch bei der Gebäudestrategie gefordert wird. Die Gebäudestrategie macht endlich eine grosse und wichtige Lücke im Energierichtplan zu. Das vorgeschlagene Konzept ist sinnvoll. Mit der Triage mit STRATUS werden zuerst alle Gebäude eingeteilt und nach kurz- und mittelfristigen Bedarf für die Instandsetzung verifiziert. Danach erfolgt eine Grobbeurteilung und am Schluss wird der detaillierte Plan festgelegt. Bei der Detailplanung müssen die energetischen Vorgaben des Energierichtplanes berücksichtigt werden. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für den Bericht Gebäudestrategie und die erhaltenen Zusatzinformationen. Beim Studium der Informationen fällt auf, dass Burgdorf nur einen Viertel des durchschnittlichen Sollwertes von 2% des Gebäudeversicherungswertes für Instandsetzungen aufwendet. Also noch weniger als für die Instandhaltung. Hier werden Kosten mit dem Risiko hinausgeschoben, dass die Sanierung in der Summe teurer sein wird. Das Beispiel des Schulhauses zeigt, dass verschiedene Unterhalts- und Renovationsarbeiten hinausgezögert wurden, wie zum Beispiel die Fenster aus dem Jahr 1958. Es gibt sogar Lücken bei den Sicherheitsnormen. Diese können heute nicht mehr eingehalten werden. Bei einem Schulhaus ist dies suboptimal. Es zeigt, dass dringend etwas gemacht werden muss. Im Beispiel soll die Heizung dem Wärmeverbund angeschlossen werden. Genau deshalb ist auch entscheidend, dass der Anteil der fossilen Energieträger bei den Wärmeverbunden gemäss Energierichtplan gesenkt wird. Für Burgdorf Süd sind das gemäss Homepage der Localnet AG immer noch 45% Gas. Es stellt sich die Frage, ob es sich um aktuelle Zahlen handelt. Die Gebäudestrategie ist nur der Anfang. Die Umsetzung der Gebäudestrategie und der Massnahmen des Energierichtplanes sind viel entscheidender. Es muss endlich genug Geld zur Verfügung gestellt werden, so dass die Sanierungszyklen nicht noch länger werden. Der erste Schritt ist gemacht und die Strategie und das Konzept sind sinnvoll. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man die Ausarbeitung und vor allem die Umsetzung der Gebäudestrategie begrüsst. Der Umgang mit den finanziellen Mitteln zeigt, dass man pro Jahr rund 5.2 Mio. Franken investieren sollte. Es ist aber richtig, nicht primär das Geld auszugeben, sondern das Geld sinnvoll zu investieren. Die richtige Planung ist wichtig. Es soll nur so viel Geld ausgegeben werden wie nötig. Man kann auch mit den Lieferanten verhandeln und so haushälterisch mit dem Geld umgehen. Der Umgang mit Ideologien wird auf der Seite 8 ersichtlich. Der Grundsatz der Strategie ist zum Beispiel beim Heizen, dass nur mit erneuerbarer Energie geheizt werden soll. Im Anhang 2 wird am Beispiel vom Schulhaus Gsteighof, wo es um die Wärmepumpe geht, gezeigt, dass nicht geplant ist während Spitzenzeiten den Verbrauch mit der Wärmepumpe abzudecken, sondern bewusst mit Öl oder Gas Unterstützung schafft, um Kosten zu sparen. Dies ist auch beim Wärmeverbund Lindenfeld der Fall, wo mit Holz geheizt wird. Es ist wichtig und sinnvoll, dass man auch ökonomisch und ökologisch handelt. Mit den Steuergeldern muss sorgsam umgegangen werden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, informiert, dass man den Bericht zur Gebäudestrategie mit Interesse und Befriedigung zur Kenntnis genommen hat. Der vom GR in der Legislaturplanung formulierte sechster Strategiepunkt leitet sich konsequent aus dem Energierichtplan ab und setzt die richtigen Schwerpunkte. Investitionen in Energieeffizienz leisten einen Beitrag zum Klimaschutz, sind längerfristig zumindest kostenneutral und geben last but not least der regionalen Wirtschaft Impulse. Stadtrat Bucher Theophil erlaubt sich an dieser Stelle aus aktuellem Anlass einen kleinen Exkurs zur Weltpolitik. Vor sechs Tagen, am 1. November 2016, ist das im Dezember 2015 von der Weltgemeinschaft ausgehandelte Pariser Klimaabkommen offiziell in Kraft getreten, nachdem die nötige Zahl von Staaten (55) mit einem Anteil von mehr als 55% am weltweiten CO₂-Ausstoss das Abkommen ratifiziert haben. Ein Meilenstein! Während die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls sieben Jahre benötigte, ist das viel ambitioniertere Abkommen von Paris innert weniger als 11 Monaten in Kraft getreten. USA, China, Indien und zuletzt die EU haben das Abkommen ratifiziert, die Schweiz noch nicht. Sie wird jedoch nicht lange warten können, wenn die anderen vorangehen. Exkurs beendet, zurück zur Gebäudestrategie. Mit dem Energierichtplan nimmt die Energiestadt Burgdorf ihre klimapolitische Verantwortung wahr. Dazu gehört auch die Gebäudestrategie. Dass dafür nicht der

gesamte Gebäudebestand flächendeckend analysiert wurde, sondern eine exemplarische Analyse an drei Objekten durchgeführt wurde, ist aus Gründen der Aufwandoptimierung richtig. Aus dem Bericht hört man jedoch heraus, dass mit den zur Verfügung stehenden Finanzen der Zustand des städtischen Gebäudeparks nur knapp gehalten und nicht mehr vorbehaltlos als gut bezeichnet werden kann. Das weckt leichte Besorgnis und wir müssen diese Erkenntnis für künftige Budgetdebatten mitnehmen. Vom GR wird erwartet, dass er seine Verantwortung diesbezüglich wahrnimmt und nicht zulässt, dass am Ende teure Folgekosten entstehen. Die Grünen-Fraktion ist wie der GR der Meinung, dass mit dem vorliegenden Bericht der Auftrag der SP-Fraktion als erfüllt abgeschrieben werden kann.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt den Bericht Gebäudestrategie zur Kenntnis.
2. Der Auftrag wird abgeschrieben.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig den Anträgen zu.

SRB: 2016-52 | Registratur-Nr. 7.70.7000.10

Budget 2017

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass sich die GPK an der ordentlichen Sitzung vom 20. Oktober 2016 mit dem Voranschlag auseinandergesetzt hat. Als Auskunftspersonen konnte die GPK Gemeinderat Urech Peter sowie Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, begrüßen. In gewohnter Weise wurde das Budget klar und verständlich erläutert und die von der GPK gestellten Fragen zur Zufriedenheit beantwortet. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass der SR noch eine Version des Budgets erhalten hat, welche nicht durch die GPK korrigiert werden konnte. Mit der aktuellen Sitzungsplanung konnte das Budget vor dem Versand an den SR nicht mehr angepasst werden. Seitens der GPK versucht man, da eine terminlich bessere Lösung zu finden, so dass allfällige Korrekturen der GPK in der Budgetversion des SR noch einfließen können. Heute beraten wir das zweite Budget nach HRM2. Im Vergleich zum letzten Budget wurden die Bemerkungen und Kommentare der GPK soweit möglich umgesetzt. Auf eine erneute Definition was HRM2 ist, wird verzichtet. Im ersten Teil ist das Budget nach den Vorlagen von HRM2 und dem Kanton aufgeführt. Im zweiten Teil ab Kapitel 9 folgt die Darstellung der jeweiligen Direktionen nach NPM wie gewohnt übersichtlich, gut lesbar und mehrheitlich verständlich. Die Kommentare zu den jeweiligen Produktgruppen sind in den meisten Fällen aussagekräftig und erklärend. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die Produktgruppe 71 Steuern aus organisatorischen Gründen neu in der Einwohner- und Sicherheitsdirektion als Produkt 3640 und nicht mehr in der Finanzdirektion geführt wird. Mit dem vorgelegten Budget und einem Overall-Gewinn von rund Fr. 35'000.-- kann die Vorgabe des SR eingehalten werden. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir im allgemeinen Haushalt nach wie vor ein strukturelles Defizit von rund 1.3 Mio. Franken und einen sehr bescheidenen Cashflow ausweisen. Im Grundsatz hat sich für die Stadt Burgdorf also leider nichts verändert. Wir können die Investitionen nicht aus dem Cashflow finanzieren und müssen uns dafür jeweils neu verschulden. Weiter ist der Kanton nach wie vor nicht der unverlässliche Partner mit schwankenden Abgaben und einer nicht Abgeltung unserer Zentrumslasten. Einziger Lichtblick sind die tiefen Zinsen, die prognostizierten höheren Steuereinnahmen als Resultat der steigenden Einwohnerzahl und das plus minus stabile Eigenkapital im Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2020. Auf weitere Zahlen wird nicht eingegangen, da sich Gemeinderat Urech Peter noch vertieft zu den Zahlen äussern wird. Für die kommenden Jahre gelten nach wie vor einige Punkte. Erstens stellt sich die Frage, wie wir das strukturelle Defizit beseitigen können, so dass wir auch im allgemeinen Haushalt positiv abschliessen. Und wie können wir den finanziellen Spielraum schaffen, um interessante Projekte leichter zu finanzieren ohne dass sich die Stadt neu verschulden muss. Können wir uns auf geplante Steuermassnahmen beim Bund und Kanton,

wie zum Beispiel der Unternehmenssteuerreform III, vorbereiten? Wie können wir die Schuldenlast der Stadt Burgdorf von rund 104 Mio. Franken sinnvoll reduzieren, ohne dass wir wiederum in einen enormen Investitionsnachholbedarf geraten. Im Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2020 rechnet man bis 2020 mit einer Zunahme der Schuldenlast auf 120 Mio. Franken und nicht mit einer Reduktion. Auf diese Tatsachen muss in den nächsten Jahren zwingend ein Fokus gesetzt werden. Wir müssen Liquidität schaffen können, eine buchhalterische Bereinigung bringt uns nicht weiter. Eine kurzfristige Pflästerli-Politik ist nach wie vor fehl am Platz und nimmt die Sicht auf die Probleme der Zukunft. In den kommenden Jahren muss der SR zusammen mit dem GR tragfähige Lösungen für diese Problematik finden, damit die nächste Generation auch einen finanziellen Spielraum hat. Da sind wir alle in der Verantwortung. Ein Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Legislative und Exekutive geht nicht mehr. Wir müssen nun in vermehrter Masse die Projekte priorisieren, alles ist nicht mehr realisierbar. Die GPK dankt den Auskunftspersonen und der Verwaltung nochmals für die konstruktive Anhörung und kompetente Beantwortung der Fragen. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, das Budget sowie die Anträge des GR im Rat zu behandeln.

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass dem SR die Budgetversion ohne die Korrekturen der GPK vorliegt. Dies ist vom Ablauf her technisch bedingt. Die aktuelle Version wurde aufgeschaltet. Es handelt sich aber nicht um inhaltlich wesentliche Korrekturen, sondern textliche und orthographische Änderungen. Das Budget 2017 ist nach 2016 das zweite Budget nach dem harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2). Es konnte noch nicht über ein vollständiges Rechnungsjahr nach HRM2 abgerechnet werden. Deshalb fehlen die Vergleichs- und Erfahrungswerte. In den Folgejahren wird es sich ausgleichen. Die gegenwärtige Hochrechnung zum Jahresabschluss 2016 zeigt, dass mit einem Gewinn gerechnet werden kann. Im letzten Jahr resultierte ein Defizit von 0.4 Mio. Franken. Das Eigenkapital beträgt bis Ende Jahr ungefähr 7.4 Mio. Franken. Das Budget 2017 rechnet bei einem Gesamtumsatz von 95 Mio. Franken mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 35'000.--. Die Vorgabe des SR, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, wurde erfüllt. Die Direktionen haben sorgsam und kostenbewusst budgetiert. Dank der klaren NPM-Strukturen können Abweichungen zum Vorjahresbudget leicht erfasst und nötige Anpassungen vorgenommen werden. Die finanzielle Lage hat sich im Vergleich zu den Vorjahren leicht entspannt. Die Ergebnisse für die Planjahre 2018- 2020 bewegen sich praktisch im ausgeglichenen Bereich. Es gibt leichte Ertragsüberschüsse und im Planjahr 2020 resultiert ein geringer Aufwandüberschuss. Am Ende der Finanzplanperiode kann mit einem Bilanzüberschuss von voraussichtlich 6.5 Mio. Franken gerechnet werden. Der GR hat an seiner Sitzung vom 9. Mai 2016 die Budgetvorgaben verabschiedet. Eine Auflage war ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Die Steueranlage, die Liegenschaftssteuer und die Feuerwehersatzabgabe bleiben für das Jahr 2017 unverändert. Die Nettokosten für das Jahr 2017 der einzelnen Direktionen entsprechen dem Globalkredit 2016. Es werden nur Mehrkosten für Veränderungen der internen Belastungen, wie Abschreibungen und Zinsen, sowie die nicht beeinflussbaren Kosten, wie die Lohnmassnahmen und die Kantonsbeiträge, notiert. Der bauliche Unterhalt der Liegenschaften im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird auf maximal 1.9 Mio. Franken veranschlagt. In der Gebäudestrategie wurde informiert, dass man beim baulichen Unterhalt tiefer ist, als es eigentlich nötig wäre. Auf eine Erläuterung der Auswirkungen wird an dieser Stelle verzichtet. Bei den Sparmassnahmen hat der bauliche Unterhalt eine Rolle gespielt und man hat den Betrag tiefer angesetzt. Der GR hat beim Budgetprozess die mittelfristige Investitionsplanung (MIP) überarbeitet. Im Planjahr 2017 - 2020 stehen verschiedene Grossprojekte an wie zum Beispiel verschiedene Hochwasserschutzprojekte, die Gesamtsanierung der öffentlichen Beleuchtung, der Neubau Bushof und Bahnhofstrasse Nord, das Rasenspielfeld und der Kunstrasen Neumatt, die Parkierungsanlage Verbandsmolkereiareal, Darlehen für Umbau Casino Theater sowie die Kulturhalle Sägegasse. Die für das Jahr 2017 geplanten Nettoinvestitionen von 10.9 Mio. Franken können nicht vollumfänglich aus eigenen Mitteln finanziert werden. Es können nur Investitionen von rund 2.2 Mio. Franken ohne Neuverschuldung getätigt werden. In Zukunft muss darauf geachtet werden, was mit den Schulden passiert. Der Bilanzüberschuss von 6.9 Mio. Franken wird sich voraussichtlich per Ende 2017 auf 7.4 Mio. Franken erhöhen. Die Details zu den Personalkosten sind im Bericht ersichtlich. Speziell zu erwähnen sind bei den Personalkosten die eingestellten Arbeitgeberbeiträge von Fr. 112'000.-- für die Sanierung der Pensionskasse. Die Kantonsabgaben steigen im Vergleich zum Vorjahr erneut um insgesamt 0.2 Mio. Franken. Verlässliche Aussagen sind bei den Kantonsabgaben nicht zu machen, weil im Verlauf des Jahres immer wieder Änderungen gemacht werden. Bei den Steuern wird ein Mehrertrag von 1.6% zum Budget 2016 eingerechnet. Der Antrag an den SR gestaltet sich neu nach dem neuen Rechnungsmodell HRM2. Der

Antrag sieht anders aus als was man bisher gewohnt war. Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass es sich heute um das letzte von insgesamt 10 Budgets handelt, die er als zuständiger GR präsentieren durfte. Gottlob liegt ein ausgeglichenes Budget vor und nicht ein Budget mit einem grossen Defizit. In den letzten 10 Jahren hat sich im Finanzbereich sehr viel durch innere und äussere Einflüsse verändert. Die Finanzlage der Stadt Burgdorf sieht nicht besonders rosig, aber auch nicht dramatisch aus. Wenn man gemäss Finanzplan 2017 - 2020 weiterfährt, könnte es bei der jetzigen Ausgangslage noch einen Moment so bleiben. Auf die Schuldenlast von über 100 Mio. Franken muss das Augenmerk gerichtet werden. Die Schuldenlast soll verringert werden, ohne intensive Auswirkungen auf die Investitionen, die auch nötig und wichtig sind. Angesichts der zu erwartenden Entwicklung im Zinsbereich werden diese wieder einmal steigen. Die Auswirkungen auf die Unternehmenssteuerreform 3, die auf Gemeinden relativ massiv sein werden, sind unbekannt. Die Stadt Burgdorf und die Politik werden nicht darum herumkommen, Farbe zu bekennen. Es müssen entweder die Ausgaben gesenkt werden. Stichwort dabei ist der Service public. Oder die Einnahmen müssen erhöht werden. Oder allenfalls eine Kombination von beiden. Es ist zweifelslos kein leichtes Unterfangen. Gemeinderat Urech Peter wünscht dem neuen GR und SR alles Gute.

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgt die allgemeine Debatte und im Anschluss die Detailberatung. Am Schluss erfolgt die Abstimmung über die Anträge.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt hat. Das vorliegende Budget ist das zweite nach HRM2. Die SP-Fraktion dankt dem GR und der Verwaltung, insbesondere Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, und seinem Team, für die grosse Arbeit sowie die Erläuterungen anlässlich der Fraktionssitzung. In den Zeitungen konnte man lesen, dass HRM2 auf Kantonsebene 2013 und 2014 eingeführt werden sollte. Jetzt ist es so, dass es im Jahr 2017 eingeführt wird. Man diskutiert jedoch immer noch ziemlich heftig über gewisse Mängel. Dieser Umstand sollte dazu veranlassen, dass man die Arbeit der Stadt Burgdorf bei der Einführung von HRM2 verdankt, sei es dem GR, der Verwaltung und der Finanzdirektion. Die Stadt Burgdorf hat die Einführung von HRM2 im ersten Anlauf geschafft. Das Budget schliesst mit einem Gewinn von Fr. 35'000.-- ab. Die Vorgabe des SR wurde umgesetzt und das ist sicher ein positives Signal. Die SP-Fraktion hat sich auch die Frage nach dem strukturellen Defizit, das 1.3 Mio. Franken beträgt, gestellt. Für das strukturelle Defizit müssen Lösungen gefunden werden. Weiterhin bleiben die Kantonsabgaben ein schwieriges Pflaster. Die Beteiligung an den Zentrumslasten der Stadt Burgdorf wäre ein wichtiger Punkt. Dies ist aber bis jetzt vom Kanton nicht so erfolgt. Eine weitere Unbekannte ist die Unternehmersteuerreform 3. Es ist erschreckend, dass man auf Gemeindeebene die Auswirkungen noch nicht kennt. Die Abstimmung findet im Februar 2017 statt. Die Gemeinden tappen nach wie vor im Dunkeln und der Kanton kann dazu keine Auskunft geben. Dieser Umstand ist sehr speziell. Es ist zudem speziell, dass man Unternehmenssteuerreformen im nationalen Parlament durchbringt und die Auswirkungen auf den Kanton und die Gemeinden abschiebt. Zum Stopfen der Milliardenlöcher, die wohl entstehen werden, ist der kleine Steuerzahler verantwortlich. Dies ist gar nicht gut. Die zweite Unbekannte ist die Sanierung der Pensionskasse. Im Budget wurde ein Betrag eingestellt. Wie es aber genau aussieht, wird man erfahren, wenn es soweit ist. Die Steuern und die Liegenschaftssteuer wurden in den letzten Jahren nicht erhöht, entgegen vielen anderen Gemeinden im Kanton Bern. Dies kann man auch mal positiv erwähnen. Es wurde viel investiert, aber der Steuerfuss und die Liegenschaftssteuer wurden nie erhöht. Es ist auch positiv erwähnbar, dass die Steuereinnahmen ein bisschen gestiegen sind. Es ist klar, Burgdorf wächst bei der Bevölkerungszahl von Jahr zu Jahr. Schön wäre es, wenn es auch in Zukunft so weitergehen würde. Bei den juristischen Personen ist kein Wachstum eingerechnet. Jedoch muss man auch in Burgdorf aufpassen, denn mit einem zu grossen Wachstum resultieren wieder Infrastrukturprojekte, welche die Stadtkasse belasten würde. Ein gesundes Wachstum, sozial und umweltverträglich, wie es die SP und von Seite RGM gefordert wird. Der Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2020 zeigt, dass das Eigenkapital im Jahr 2020 noch rund 6.5 Mio. Franken beträgt. Die Schulden betragen 120 Mio. Franken. Dieses Thema muss genauer angeschaut werden. Bei den heutigen Negativzinsen ist es sicher kein Problem, aber trotzdem muss das Problem längerfristig gelöst werden. Wenn man in Burgdorf weiterhin Investitionen tätigen will, muss man in Zukunft nebst der Ausgaben- auch die Einnahmeseite prüfen. Man wird Lösungen finden müssen, die hoffentlich für alle tragbar sind. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge des GR.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, dankt dem Verfasser des Budgets 2017 und des Aufgaben- und Finanzplanes. Die Erstellung des Budgets erfordert eine gute Vorbereitung und ein koordiniertes Vorgehen der verschiedenen Bereiche damit es auch terminlich vorliegt. Der SR hat die dankbare Aufgabe, das Budget zu beurteilen. Dazu dienen ihm unter anderem die Finanzkennzahlen aus der Finanzstrategie. Es wurde bereits vieles erwähnt. Der Ertragsüberschuss beträgt Fr. 35'000.--. Damit ist die Forderung des SR nach einem ausgeglichenen Budget 2017 erfüllt. Der Bilanzüberschuss beträgt bis ins Jahr 2020 noch 6.5 Mio. Franken. Nettoinvestitionen können aber nicht mit eigenen Mitteln finanziert werden. Die Schulden steigen deshalb bis ins Jahr 2020 auf 120 Mio. Franken. Somit bleibt der Bruttoverschuldungsanteil nach wie vor über 100%. Die Investitionen können nur zu einem Viertel aus den eigenen Mittel finanziert werden. Die Kennzahlen sind in den Unterlagen nicht dargestellt. Man findet einzig den Kommentar, dass sich diese Kennzahlen weiterhin verschlechtern. Trotz HRM2 bleibt natürlich die Lesbarkeit des Budgets nach wie vor anspruchsvoll und die Darstellung könnte ebenfalls noch ein bisschen verbessert werden. Die BDP-Fraktion hat bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen. Obwohl das Budget sorgsam und kostenbewusst erfasst worden ist, ist die BDP-Fraktion der Meinung, dass mit gezielten Sparmassnahmen mehr machbar gewesen wäre. Damit die Ziele der Finanzstrategie erreicht werden können, müssen die Aufgaben über ihre Notwendigkeit überprüft und Projekte sorgfältig geplant und angegangen werden. Es muss das Ziel sein, dass die Investitionen nicht zu einer weiteren Neuverschuldung führen. Es ist nötig, dass wir eine Trendwende erreichen. Aufgrund der geplanten Nettoinvestitionen könnte für eine Legislaturperiode festgehalten werden, dass die Investitionen im Mittel über vier Jahre selbst finanziert werden müssen. Das ist sicher eine Aufgabe für die nächste Legislatur. Wir dürfen uns nicht aus der Verantwortung stehlen und die Schulden der nächsten Generation aufbürden. Die BDP-Fraktion wird trotz den kritischen Bemerkungen dem Budget zustimmen.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass bereits viel gesagt wurde. Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung, insbesondere Hofer Peter und der Finanzdirektion, für die Ausarbeitung des Voranschlages. Das Budget 2017 weist ein Gewinn von knapp Fr. 35'000.-- aus. Und wie bereits mehrmals erwähnt, wurde damit die Vorgabe eines ausgeglichenen Budgets des SR erfüllt. Positiv fällt auf, dass bei der Baudirektion trotz der Stellenerhöhungen im Hochbau und der Stadtplanung ein Minderaufwand von Fr. 117'000.-- ausgewiesen wird. Die Darstellung, insbesondere im allgemeinen Teil des Voranschlages, hat sich auch dank HRM2 verbessert. Dieser präsentiert sich informativ und verständlich. Sorgen bereitet auch der SVP-Fraktion die in der Finanzplanung dargestellte Schuldenentwicklung. Die Schulden werden von 108 auf 120 Mio. Franken im Jahr 2020 steigen. Trotz dem aktuell günstigen Zinsumfeld müssen deswegen in den nächsten Jahren starke Anstrengungen unternommen und eine schlaue Priorisierung der zukünftigen Investitionsprojekte vorgenommen werden. Die Schuldenlast der Stadt Burgdorf soll sinnvoll reduziert werden.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit dem Budget 2017 auseinandergesetzt hat. Die FDP-Fraktion dankt dem GR, und vor allem Hofer Peter, für den gut erarbeiteten und übersichtlichen Bericht und Antrag. Man kann feststellen, dass die Steuern nicht erhöht werden und die Vorgabe des SR für ein ausgeglichenes Budget eingehalten wurde. Das ist erfreulich. Die Lohnsumme der Stadt Verwaltung wird bis ins Jahr 2020 jährlich um 1.5% erhöht wird. Das ist eine jährliche Zunahme von Fr. 350'000.--. In vier Jahren ist das 1.4 Mio. Franken. Man stellt deshalb in Frage, ob man für die Ausführung der städtischen Aufgaben jährlich Fr. 350'000.-- mehr braucht. Der SR war bereits im letzten Jahr nicht zufrieden mit der Lohnpolitik der Verwaltung. Dank der Finanzmarktgeschenke mit den historisch tiefen Zinsen können wir bei Kreditablösungen wieder rund Fr. 100'000.-- sparen an Zinsaufwand. Faktisch könnte der Gewinn Fr. 350'000.-- statt Fr. 35'000.-- ausmachen. Das eingesparte Geld hat man jedoch bereits anderweitig ausgegeben. Die FDP-Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, dankt den Verantwortlichen, insbesondere den Exponenten der Finanzdirektion, für den vorliegenden Voranschlag. Die GLP empfiehlt dem SR dem Budget 2017 zuzustimmen. Die politische Vorgabe des SR ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, wurde eingehalten. Es gibt trotzdem gewisse problematische Entwicklungen. Eine schwierige Situation ist, dass die Stadt Burgdorf im operativen Bereich defizitär ist. Dies ist auf der Seite 12 sehr gut ersichtlich. Das ausgeglichene Budget kommt zustande, wegen den buchhalterischen Möglichkeiten. Es ist ein bisschen vereinfacht ausgedrückt, weil es doch kompliziert ist. Es kann aber nicht ernsthaft ein Grund

sein, das Budget abzulehnen. Zu dieser Situation ist es auch aufgrund von politischen Entscheiden gekommen. Es ist eine alte Frage, ob es mehr der Fehler des SR oder des GR. Diese Debatte bringt bei der Budgetdebatte nichts. Die GLP ist überzeugt, dass uns auch in der nächsten Legislatur die Problematik des operativen Defizits beschäftigen wird. Dies ist auch der Grund wieso man da nicht vorwärts machen kann. Man muss aber auch feststellen, dass die Bedürfnisse für die Ausgaben vorhanden waren. Die Kürzungsbereitschaft an Leistungen wird als gering bis sehr gering eingeschätzt. Das zu ändern, ist sehr schwierig. Man muss in der nächsten Legislatur Bereitschaft zeigen und vielleicht unkonventioneller Überlegungen machen. Man muss versuchen, vom operativen Defizit im Idealfall wegzukommen. Die GLP empfiehlt dem SR das Budget anzunehmen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, informiert, dass man das Budget studiert und diskutiert hat. Die Grünen-Fraktion dankt allen Beteiligten für ihre grosse geleistete Arbeit. Das Votum des Vorredners hat dem Votum von Stadtrat Bucher Theophil stark aus dem Herz gesprochen. Vieles kann unterstützt werden. Der Ertragsüberschuss ist grundsätzlich im grünen Bereich. Es stellt sich aber die Frage, ob die nötigen Investitionen in Zukunft getätigt werden können. Burgdorf soll wachsen. In der Vergangenheit hat man die nötigen und von allen gewünschten Leistungen einstimmig beschlossen. Jahr für Jahr können wir aber die Investitionen nicht mit eigenen Mittel zahlen. Wir verschulden uns zusehends immer mehr. Seit acht Jahren darf Stadtrat Bucher Theophil im SR über Budgets und Abschlüsse diskutieren. Eigentlich wiederholen sich die Voten immer wieder. Die langfristige und permanente Schuldenzunahme ist ein No-Go. Wir müssen an die künftige Generation denken. Der SR hat gemeinsam Anstrengungen gemacht und die Verwaltung mehr als einmal in die Sparrunde geschickt. Der SR hat oft mehrheitlich die Investitionen genehmigt. Diese Investitionen waren wichtige und auch richtige Entscheide. In den letzten Jahren hat man sich aber auch hartnäckig geweigert, eine Diskussion über die Einnahmeseite zu führen. Burgdorf soll und wird weiter wachsen, und zwar beschleunigt, wenn man das Projekt Burgdorf 2025 anschaut. Die dafür nötigen Investitionen sind unklar und es stellt sich die Frage, ob dieses Wachstum eingeplant ist. Wie eingangs vom Präsident der GPK erwähnt, ist eine Schwerpunktsetzung und Priorisierung von Investitionen nötig. Je nach dem muss auch gespart werden. Der Bevölkerung muss mitgeteilt werden, wo man sparen will. Das strukturelle Defizit muss auch bei den Einnahmen angeschaut werden. Wir haben in den letzten Jahren immer etwas vor uns hergeschoben. In dieser Zeit mussten jedoch aufgeschobene Investitionen nachgeholt werden. Das nächste Parlament muss mehr leisten in der neuen Legislatur. Die Aufgaben müssen wir lösen. Die Grünen-Fraktion kann mit guten Gewissen dem Budget zustimmen und genehmigt die Anträge des GR.

Stadtrat Niederhauser David, namens der EDU, dankt für die Ausarbeitung des vorliegenden Budgets. Man ist glücklich und dankbar, dass ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden kann. Es ist erfreulich, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf ein bisschen entspannt. Gleichzeitig ist man der Meinung, dass der Abbau der Schulden ein Ziel in der nächsten Legislatur sein muss. Man muss zudem verstärkt darauf achten, dass die Investitionen selber finanziert werden können.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP, dankt Gemeinderat Urech Peter sowie Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, und seinem Team, dem GR und allen Direktionen für das vorliegende Budget. Das Budget hält die Rahmenbedingungen ein. Und doch wird das Herz schwer, weil wir nicht einfach Geld verteilt und wahllos ausgegeben haben. Einmal war die rechte und ein anderes Mal die linke Seite mehr für die Ausgaben. Das Ziel des SR war immer eine lebendige und für alle Leute attraktive Stadt zu haben. Es lässt sich aber nicht wegdiskutieren, dass der Schuldenberg wächst. So unpopulär es auch tönen mag, wir müssen dringend Anstrengungen und vielleicht auch unbeliebte Massnahmen ergreifen für die Zukunft, damit der Schuldenberg nicht weiter wächst, aber die Stadt Burgdorf dabei nicht einschläft. Die EVP wird dem Budget zustimmen, aber stellen uns auch in der Verantwortung und in die Pflicht für die Zukunft, und nehmen es uns zu Herzen für die nächste Legislatur.

Stadtrat Pfister Urs, namens der CVP, teilt mit, dass man im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht 2015 darauf hingewiesen hat, dass bei den Personalkosten Fr. 550'000.-- überschritten worden sind. Dieses Signal hat man nicht erkannt. Die Personalkosten sind erneut um 1.3 Mio. Franken gestiegen. Ein paar Gründe sind in der Vorlage aufgeführt. Ein Problem ist wie bereits mehrfach erwähnt die Neuverschuldung. Wir können die Investitionen nicht mehr selber finanzieren. Wir spielen ein gefährliches Spiel. Wenn es Veränderungen im Kapitalmarkt gibt, dann haben wir keine andere Lösung

mehr als eine Steuererhöhung. Eine Schuldenbremse zu beschliessen wäre kaum der richtige Weg. Man würde notwendige Investitionen vernachlässigen, was später zu Nachholbedarf führen würde. Die Mehreinnahmen der Steuern betragen 1.12 Mio. Franken. Diese reichen nicht, um die Mehrkosten der allgemeinen Verwaltung von Fr. 665'000.--, bei der Bildungsdirektion von 1.3 Mio. Franken und bei der Kultur von rund Fr. 200'000.-- zu decken. Dies immer aus der Zusammenstellung der Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung. Es ist nicht nachvollziehbar woher die Kosten bei der Bildungsdirektion herkommen. Stadtrat Pfister Urs hat versucht dies herauszufinden, aber bei der Produktgruppe 50 hat man den Eindruck, dass man sogar günstiger geworden ist.

Bei der **D e t a i l b e r a t u n g** erfolgen keine Bemerkungen.

Abstimmung

1. Im Jahr 2017 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1.63fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille (unverändert) des amtlichen Wertes.
2. Das Budget 2017 wird genehmigt bestehend aus:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	Fr. 94'575'399.53	Fr. 94'610'350.55
Ertragsüberschuss	Fr. 34'951.02	
Allgemeiner Haushalt	Fr. 82'758'993.09	Fr. 81'421'640.00
Aufwandüberschuss		Fr. 1'337'353.09
SF Abwasserentsorgung	Fr. 3'861'360.40	Fr. 3'485'513.00
Aufwandüberschuss		Fr. 375'847.40
SF Abfallentsorgung	Fr. 2'143'999.34	Fr. 2'207'700.00
Ertragsüberschuss	Fr. 63'700.66	
SF Feuerwehr	Fr. 1'176'035.85	Fr. 1'105'722.55
Aufwandüberschuss		Fr. 70'313.30
SF Parkraumbewirtschaftung	Fr. 1'181'966.30	Fr. 1'365'800.00
Ertragsüberschuss	Fr. 183'833.70	
SF Grabunterhalt	Fr. 1'523'658.75	Fr. 1'480'600.00
Aufwandüberschuss		Fr. 43'058.75
SF Unterhalt Liegenschaften	Fr. 1'929'385.80	Fr. 2'409'000.00
Ertragsüberschuss	Fr. 479'614.20	
SF Übertragung VV nach Art. 85a GV	Fr. 0.00	Fr. 1'134'375.00
Ertragsüberschuss	Fr. 1'134'375.00	

3. Die Saldi der Erfolgsrechnung 2017 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):
 - PraD: PG 10, 11, 13 und 14
 - BauD: PG 20, 21, 22, 23 und 24
 - ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37
 - BilD: PG 50, 51 und 52
 - SozD: PG 60, 61, 62 und 63
 - FinD: PG 70

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2016-53 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

Dringliche Motion SVP und Mitunterzeichnende betreffend Parkplätze im Bahnhofquartier Burgdorf

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Im Vorfeld wurde bereits heftig diskutiert. Es gibt eine rechtliche Anmerkung, dass die Motion in der vorliegenden Form nicht rechtskräftig ist. Deshalb wird den Motionären die Möglichkeit gegeben, Stellung zu beziehen.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich ausführlich mit der Antwort des GR befasst hat. Die SVP-Fraktion dankt dem GR für die ausführliche Stellungnahme. Grossmehrheitlich steht die SVP-Fraktion hinter den Antworten des GR. Die SVP-Fraktion ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Gemeinderat Aeschlimann Martin informiert, dass bei der politischen Berichterstattung das Wort faktenfrei Konjunktur hat. Der GR will eine faktenbasierende Diskussion führen. Gemeinderat Aeschlimann Martin dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Das Projekt Busbahnhofplatz ist komplex. Beim Vorstoss geht es um die Befürchtung, dass geplant und gebaut wird, und am Schluss weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. Der GR hat die Befürchtungen ernst genommen. Die Anzahl Parkplätze sollten wenn möglich erhöht oder zumindest beibehalten werden. Es hat sich aber gezeigt, dass die Anzahl Parkplätze im Bereich Bahnhofstrasse Nord abhängig vom Verkehrsregime ist. Beim Einbahnregime wären fünf Parkplätze mehr möglich. Beim Gegenverkehrsregime wäre ein Parkplatz weniger möglich. An den drei Runden Tischen mit den politischen Parteien, dem Gewerbe, den Verkehrsverbänden und den Detailisten hat sich herausgestellt, dass die Vorteile des Gegenverkehrsregime überwiegen. Beim Einbahnregime müsste man je nach Zufahrt eine Schlaufe fahren um ins Bahnhofquartier zu gelangen. Beim Gegenverkehrsregime spielt die Zufahrt keine Rolle und ist für das Bahnhofquartier attraktiver. Der GR hat deshalb beschlossen, die Variante Gegenverkehr weiter zu verfolgen. Für die Attraktivität insgesamt muss das Gleichgewicht gefunden werden. Man könnte auch etliche Parkplätze schaffen, aber dann würden die Leute nicht mehr gerne im Bahnhofquartier einkaufen gehen. Es sind keine Vermutungen des GR oder Verwaltung, man hat Verkehrsplaner miteinbezogen und sogar Simulationen gemacht. Man hat eine fachliche Auslegeordnung gemacht. Die Frage der Taxistandplätze wurde mit Pro Burgdorf abgeklärt. Es ist vorgesehen, dass ein Taxistandplatz am Bahnhof und drei weitere im Bereich der Poststrasse sind. Die Parkplätze beim Bahnhof hinter dem Taxistand können als Kiss&Ride-Plätze benutzt werden. Die Senkrechtparkierung vor der Post und der Vestita hat wohl zu reden gegeben. Die Senkrechtparkierung kann aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht mehr gewählt werden. Es ist aber die Idee, dass beim Farbweg mehr Parkplätze realisiert werden können. Zudem ist auf dem Areal der Verbandsmolkerei ein Parkhaus vorgesehen, das zusätzliche Parkplätze anbietet. Es ist vorgesehen, dass dieses Projekt klappen wird. Man soll respektieren, dass der GR die Situation gründlich analysiert hat. Man hat auch festgestellt, dass es enge Platzverhältnisse sind. Beim Bushof hätte man gerne mehr Platz, aber es reicht einfach nicht. Alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsträger müssen Kompromisse machen. Man muss bei der Sanierung Busbahnhof das Gesamtbild betrachten und nicht nur einzelne Punkte. Die Projektierung des Bushofprojektes ist weitgehend abgeschlossen. Die Gesamtkosten des Kostenvoranschlages liegen im Rahmen des vom Aggloprogramm finanzierten. Die Nettokosten belaufen sich unter der Annahme, dass alle zugesicherten Beiträge geleistet werden, auf unter 2 Mio. Franken. Für die zugesicherten Beiträge von Aggloprogramm und AöV werden definitive Finanzierungsbestätigungen eingeholt. Beim Bushofprojekt konnte kürzlich die Mitfinanzierung der SBB erreicht werden. Dabei ist zu beachten, dass die SBB ihren Beitrag von Fr. 400'000.-- zur Verbesserung der Gesamtsituation leisten. Der Beitrag ist vorbehaltlich eines Geschäftsleitungsentscheides. Verhandlungen betreffend Bucherstrasse mit der BLS sollen bis Ende Jahr abgeschlossen sein. Mit den Behindertenverbänden konnte in konstruktiver Zusammenarbeit ein Argumentarium erarbeitet werden, welches die Vor- und Nachteile des Projektes mit jenen eines Vorschlages der Behindertenverbände vergleicht. Verschiedene Kommissionen der Behindertenverbände werde das Projekt bis Anfang Dezember prüfen. Es geht vor allem um die Höhe des Trottoirs. Das Projekt ist auf gutem Weg.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, dankt Gemeinderat Aeschlimann Martin für die zusätzlichen Ausführungen. Die SVP-Fraktion hat den Respekt gegenüber des GR und der zuständigen Direktion immer gewahrt. Bei der Senkrechtparkierung vor der Post und der Vestita gehen laut Verkehrssicherheit 10 Parkplätze verloren. Gemäss Statistik der Kantonspolizei Bern musste sie in den letzten 365 Tagen zweimal wegen Sachschaden an Personenwagen ausrücken. Sicher wurden einzelne Fälle mit dem Europäischen Unfallprotokoll gelöst. Das Verkehrschaos vor der Post können wir mit diesen Massnahmen nicht entschärfen, sondern zusätzlich belasten. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Postfachinhaber sein Auto vor der Migrosbank parkiert und sein Postfach leert. Je weniger Parkplätze wir im Mittelpunkt haben, desto grösser ist das Verkehrschaos. Die Parkplätze an der Poststrasse sind zu weit weg und kein Kunde wird dort parkieren, sondern seine Bedürfnisse anderswo tätigen. Die angesprochenen 60 Parkplätze bei der neuen Überbauung Farbweg sind ebenfalls zu weit weg vom Mittelpunkt. Man hofft nicht, dass das Bahnhofquartier plötzlich ein gleiches Bild abgibt wie die Oberstadt. Damit das Parkplatzproblem nicht einfach vom Tisch ist, hat die SVP-Fraktion die Motion wie bereits angetönt in ein Postulat umgewandelt. Man wäre auch froh gewesen, wenn das Bahnhofquartier und der Bushof in zwei Projekten umgesetzt worden wäre. Der Bushof wäre nicht gefährdet gewesen. Man hofft, dass es beim Bahnhofquartier nicht zu einer Urnenwahl kommen wird und der Souverän entscheiden kann.

Stadtrat Burkhard Georg, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich über das Projekt Gedanken gemacht hat. Gemeinderat Aeschlimann Martin hat bereits einige Punkte erläutert. Auch Stadtrat Rosser Bruno hat auf einige Punkte hingewiesen. Es wird trotzdem festgestellt, dass ein Wahljahr ist. Man geht mit gewissen Emotionen ins Rennen. Es stellt sich jedoch die Frage, was die Aufgabe des SR ist. Sind neue Parkplätze unsere Aufgabe? Es wurde auch festgestellt, dass über das Projekt in den Runden Tischen diskutiert wurde. Bei den Runden Tischen haben unter anderem die Gewerbler und Pro Burgdorf mitdiskutiert und ihre Anliegen eingebracht. Man spricht von einem Parkplatz weniger. Wenn der Farbweg miteinbezogen wird, reden wir von einem Plus an Parkplätzen. Es soll nicht falsch verstanden werden, denn es ist klar, dass diese an einem anderen Standort entstehen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es nicht genug sind. Mit der neuen Zonenplanung sind auch die Gegebenheiten neu und Veränderungen werden eintreffen. Für die SP-Fraktion ist es selbstverständlich, dass man das Gewerbe nicht vergisst und den Kunden die entsprechenden Parkplätze gewähren, und zwar in unmittelbarer Nähe. Es erstaunt trotzdem, dass im Vorstoss einmal mehr nur vom motorisierten Verkehr gesprochen wird. Wo bleibt der Hinweis auf die Verkehrsführung des Langsamverkehrs. Eigentlich ist es trotzdem bedenklich, dass man wegen einem Parkplatz weniger so viel Wind macht und den Veloverkehr vergisst.

Stadtrat Kälin Tobias, namens der GLP, dankt für die ausführliche Antwort des GR. Die Antwort ist sehr aufschlussreich und man sieht, dass man sich Gedanken macht. Die Runden Tische sind eine gute Sache. Für die GLP ist es wichtig, dass man zum Gewerbe Sorge trägt. Man ist auch dafür, dass man für die Velofahrer und Fussgänger etwas macht. Deshalb ist im Bahnhofquartier eine Fussgängerzone vorhanden. Es braucht aber auch den motorisierten Verkehr und Personen, die kurz parkieren können. Wenn keine Parkplätze vorhanden sind, wird wild parkiert um kurz etwas zu erledigen. Die Parksituation vor der Vestita und der Post wird nicht als ein grosses Sicherheitspotenzial angesehen. Ein Unfall ist an dieser Stelle noch nie aufgefallen. Stadtrat Rosser Bruno konnte dies mit einer Statistik belegen. Man ist der Meinung, dass im Vergleich zu den Möglichkeiten für das Gewerbe, die Sicherheit nicht ein so grosses Problem darstellt. Die Autofahrer fahren an dieser Stelle langsam, höchstens 20 oder maximal 30 Stundenkilometer. Die GLP unterstützt das Postulat der SVP-Fraktion.

Stadtrat Grimm Thomas informiert, dass sich zum Ist-Zustand nichts ändert. Zudem hat Stadtrat Rosser Bruno über die Statistik informiert. Die Unfälle sind nicht gravierend. Warum müssen wir an diesem Ort aus Sicherheitsgründen die Parkplätze abschaffen. Dies macht keinen Sinn. Oder gibt es dermassen viel mehr Busverkehr, dass es ein grosses Sicherheitsproblem wird und die Umplatzierung der Parkplätze sein muss? Die Leute sind heutzutage ziemlich bequem. Wenn man nicht vor den Laden fahren kann, geht man nicht dorthin und fährt dorthin, wo man direkt in der Front parkieren kann. Dann geht man halt zum Coop oder Migros. Das ist halt einfach so. Das Rad der Zeit können wir nicht zurückdrehen. Wir können dafür besorgt sein, dass die Mobilität im Gesamten umweltverträglicher wird und zwar mit neuen Motoren. Dies können wir aber im SR nicht bestimmen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, fragt sich, ob wir es nicht überbewerten, wenn der Kunde dorthin geht wo er vor der Türe parkieren kann. Auch im Coop und Migros ist man viel zu Fuss unterwegs. Wenn man beim IKEA einkaufen geht, ist der Fussweg auch gross. Eine gute Einkaufsqualität muss überdenkt werden. Hängt diese davon ab, ob man möglichst wenige Meter laufen muss oder der allenfalls notwendige Fussweg zumutbar ist? Vielleicht kann man in der Unterstadt etwas erreichen ohne Energie zu verlieren und nur über die Parkplätze zu diskutieren. In der Shoppingmeile ist die Distanz vom Parkplatz zum Laden auch weit. Offenbar akzeptieren dies die Kunden.

Stadtrat Manz Pierre teilt mit, dass es einfach ist mit dem Velo unterwegs zu sein. Stadtrat Manz Pierre besitzt selber kein Auto. Es wird mit dem Velo mühsam, wenn man grosse Taschen oder Sachen transportieren muss und es niemand bringen kann. Auf das muss man Acht geben. Wenn jemand eine Person zum Bahnhof bringen will, muss die Möglichkeit eines Kurzparkings vorhanden sein. Diese Situation muss beim neuen Projekt beachtet werden.

Stadtrat Pfister Urs informiert, dass es sich bei dem von Stadtrat Manz Pierre erwähnte Kurzparking um die sogenannten Kiss&Ride-Plätze handelt. MIV heisst der motorisierte Individualverkehr.

Stadtrat Dür Hermann kann sich als Gewerbler nicht ganz verkneifen zu diesem Thema auch etwas zu sagen. Das Problem der Parkplätze darf nicht unterschätzt werden. Es handelt sich um eine psychologische Angelegenheit. Die Kunden von Stadtrat Dür Hermann sind Gewerbler. Er hat schon einige gute Bäckereien verschwinden sehen, wenn das Fahrregime geändert und die Parkplätze beseitigt wurden. Die Situation mit ansehen zu müssen tut weh. Die Leute wollen vor die Türe fahren und das Gefühl haben, dass sie einen subjektiv minimalen Aufwand haben. Wenn sie 100 Meter weiter fahren müssen, fahren sie in die Einstellhalle. Die Bedeutung der Parkplätze für das Gewerbe darf nicht unterschätzt werden.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass man verschiedene Sachen auseinander halten muss. Der GR hat mit allen verschiedenen Interessenten geschaut, was das beste Verkehrsregime ist. Man ist davon ausgegangen, wie man am meisten Parkplätze beim Bahnhof ansiedeln kann. Bei den Diskussionen war dies die erste Voraussetzung. Man hat gemerkt, dass man die meisten Parkplätze beim Bahnhof realisieren kann. Beim Einbahnregime könnte man beim Bahnhof nur 6 oder 7 Parkplätze mehr realisieren. Der Platz ist begrenzt. Das Gewerbe hat sich jedoch gegen das Einbahnregime ausgesprochen und wünschte das Gegenverkehrssystem. Man hat sich Gedanken gemacht, wo man Parkplätze realisieren kann. Beim Taxistand wurde ein neues System aufgenommen. Es gibt nur ein Taxistandplatz am Bahnhof und einen Warteraum für 3 weitere Taxis im Bereich der Poststrasse. Vor dem Bahnhof wurde ein Kiss&Ride-System geplant. Die Umsetzung ist noch nicht in Stein gemeisselt. Die Schrägparkierung oder Parallelparkierung muss noch ausgehandelt werden. Welches System ist sinnvoll? Wie kann der Strassenraum aufgewertet werden? Den Gewerbler an der Bahnhofstrasse gefällt das Projekt, weil sie die Autos nicht direkt vor dem Geschäft parkiert haben, sondern in der Mitte der Strasse. Der GR spricht mit den Leuten. Der GR entscheidet nicht in der stillen Kammer. Die Platzverhältnisse sind eng. Man versucht das Ganze zu optimieren. Man ist mit den Gewerblern im Gespräch. Beim Bahnhof wird versucht, den Kiss&Ride-Platz umzusetzen. Weitere Schritte werden folgen. Wir befinden uns in einem Prozess. Bei wenig Platz will man das Beste daraus machen.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, hat sich heute die Situation in Langnau angeschaut. Beim Bahnhof sind die Parkplätze nebeneinander. Die Parkplätze sind 2 Meter breit, dann folgt eine 80 Zentimeter Lücke und dann wieder 2 Meter, dann folgen fast 5.5 Meter auf beiden Seiten, wo der Durchgang ist. Das ist wohl in Burgdorf nicht so. Es wurde geschickt gelöst. Wenn man vom Bahnhof zur alten Käserei fährt, ist es eine Einbahnstrasse. Auf der Gegenseite zum Bahnhof ist es auch eine Einbahnstrasse. Warum wurde das so realisiert? In der Mitte wird parkiert und der Autofahrer ist immer auf der inneren Seite und nicht auf der Strassenseite. Die Kiss&Ride-Plätze werden nicht bekämpft. Man setzt sich für die Gewerbler ein. Stadtrat Rosser Bruno kennt fast alle Gewerbler im Bahnhofquartier. Es sind wohl nicht alle gleicher Meinung, was beschlossen wurde. Es handelt sich um Demokratie. An der Poststrasse hatte es monatelang leere Geschäftsräume. Die Parkplätze vor der Hütte sind überlebenswichtig.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass man zum Gewerbe schaut und mit den Gewerblern spricht. Die Situation an der Poststrasse will man verbessern und mehr Parkplätze realisieren. Die Gewerbler haben sich für die Parkplätze in der Mitte der Strasse ausgesprochen. Die Gewerbler können dann den Strassenraum besser nutzen. Es ist klar, dass nicht alle der gleichen Meinung sind.

Stadtrat Rosser Bruno informiert, dass beim vorliegenden Projekt weniger Platz vor den Läden vorhanden ist. Es wird mehr Platz weggenommen. Die Geschäfte haben nicht mehr so viel Platz, wenn man mit einer Breite von 12 bis 13 Metern rechnen muss.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 20 Ja und 15 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen der Überweisung des Postulates zu.

SRB: 2016-54 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

Motion GLP betreffend Lohnbegrenzung Stadtpräsidium

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass die GLP mit der Motion den GR auffordert, dem SR eine Vorlage zu unterbreiten um den Lohn des Stadtpräsidiums auf Fr. 195'000.-- festzulegen. Die GLP will ausdrücklich keine Revision des gesamten Lohnsystems. Das Stadtpräsidium ist heute in der Lohnklasse 28 von total 30 Lohnklassen und 2 Lohnklassen über den höchst eingereichten Kaderstellen der Stadt Burgdorf. Der GR empfiehlt die Motion anzunehmen obwohl er der Meinung ist, dass der Lohn von Fr. 230'000.-- durchaus angemessen ist, wenn man die Anforderungen und den zeitlichen Aufwand vom Stadtpräsidium in Betracht zieht. Der GR will dem SR mit der Überweisung der Motion die Möglichkeit geben nach 13 Jahren wieder einmal die Angemessenheit des Stapilohnes zu diskutieren. Es geht um den gerechten Lohn für ein ganz spezielles Amt, das viel politische Arbeit beinhaltet, aber auch breit gefächerte Managementaufgaben. Es gibt zwei verschiedene Standpunkte, die man einnehmen kann bei diesem sensiblen Thema. Geht man davon aus, dass das Amt des Stadtpräsidiums aus CEO der Verwaltung nach den gleichen Gesichtspunkten eingereicht wird wie die anderen Funktionen der Stadt Burgdorf, ist die Lohnklasse und der Lohn von Fr. 230'000.-- gerechtfertigt. Oberster Chef ist das Stadtpräsidium. Der Vergleich der Löhne mit anderen Stadtpräsidien in anderen Städten ist hinfällig, weil unser Stapilohn dem Lohnsystem der Stadt Burgdorf entspricht. Auf der anderen Seite will die GLP eine politische Botschaft senden, nämlich, dass für unser Stadtpräsidium Fr. 200'000.-- genug sind. Damit nimmt die GLP ein Anliegen auf, das auch in anderen Städten diskutiert wird oder auch schon umgesetzt wurde. Unklar ist noch, was mit einer allfälligen Lohnerhöhung oder Teuerungsausgleich, das auch gewährt werden soll, passiert, wenn die Fr. 200'000.-- überschritten werden. Als Sparmassnahme ist die Kürzung des Stapilohns nicht zu verstehen. Es braucht im neuen SR eine vertiefte Analyse der wesentlichen Aspekte mit Anforderungen an das Amt und Entschädigung beim Ausscheiden aus dem Amt, die Spesenregelung und die Ablieferung von Mandatsentschädigungen. Dies wird in Burgdorf sehr restriktiv gehandhabt. Das müsste man auch vergleichen, wenn die Stapilöhne von anderen Städten angeschaut werden. Wie viel müssen sie von den zusätzlichen Mandaten nicht abliefern? Der GR empfiehlt die Annahme der Motion, damit wir im nächsten Jahr die Diskussionen ausführlich führen können.

Stadtrat Gnehm Urs, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass Wahlen vor der Tür sein müssen. Anders kann man sich die Motion der GLP, welche ja in anderen Städten jeweils von der SVP eingereicht wurde, nicht erklären. Es geht also um den Lohn. Um den Lohn von Anderen. Und um einen Lohn, der wahrscheinlich höher ist als der eigene. Darüber lässt sich gut diskutieren. Man muss sich ja nur an den verschiedenen Stammtischen umhören. Selbstverständlich kann es aber auch eine sachliche Diskussion über Löhne geben. Aber dafür müsste aus unserer Sicht das ganze Lohnsystem betrachtet werden und nicht nur ein einzelner Lohn, auch wenn es der höchste Lohn ist. Es kann ja nicht die Idee

einer liberalen Partei sein, dass der hierarchisch höchste Mitarbeiter, welcher auch die politische Verantwortung trägt, weniger verdient als seine Mitarbeitenden. Zudem, warum wird nur der Lohn des Stadtpräsidiums in ein Verhältnis zur Grösse der Stadt gesetzt, diejenigen der restlichen Angestellten aber nicht? Und warum soll der Stapi nur den Ausgleich einer allfälligen Teuerung erhalten, die anderen Mitarbeiter der Stadt aber eine andere Entwicklung haben, wie der SR ja auch letztes Jahr erfahren durfte? Man könnte noch viele Gründe aufführen. Aber die Diskussion wird ja nicht heute geführt. Und noch etwas, selbstverständlich könnte man der BDP auch noch vorwerfen, sie sei gegen die Motion, weil sie selber einen Stapi-Kandidaten stellt. Dies ist aber sicher nicht der Grund für die Zurückhaltung gegenüber dem Anliegen der GLP. Damit dieser Vorwurf aber gar nicht aufkommen kann, hat die BDP-Fraktion Stimmenthaltung beschlossen. Die BDP-Fraktion freut sich aber schon jetzt auf die Diskussion im nächsten Jahr.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass die Motion Wahlkampftechnisch äusserst geschickt gewählt worden ist. Die SVP-Fraktion hat sich mit der Motion auseinandergesetzt und kann grundsätzlich damit leben. Bei der letztjährigen Budgetdiskussion hat die SVP-Fraktion das Thema Löhne zur Diskussion gebracht. Die SVP-Fraktion ist dankbar für die Antwort des GR, insbesondere der letzte Abschnitt, dass die Vorlage in der neuen Legislatur vorgelegt wird und nicht heute zur Diskussion steht. Mit dem letzten Satz auf der Seite 1 der Begründung, dass einzelne Angestellte unter Umständen etwas mehr verdienen als das Stadtpräsidium, ist man nicht einverstanden. An der heutigen Sitzung haben wir zwei Mal gehört, dass man das Gesamte anschauen muss. Und dieser Meinung ist man auch bei diesem heiklen Thema. Eine Motion kann nicht abgeändert werden. Der zukünftige GR wird gebeten, im Zusammenhang mit dieser Motion das Lohnsystem zu überprüfen, zumal bereits eine Kommission sich mit diesem Thema beschäftigt. Die SVP-Fraktion stimmt der Motion zu.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man die Motion eingehend besprochen hat. Grundsätzlich könnte man über den Lohn des Stadtpräsidiums diskutieren. Allerdings müsste man die Spesen, die Abgangsentschädigung, die Mandatsabgaben, die Ferien und eine Ausscheidung aus dem Amt ebenfalls berücksichtigen. Gemäss Unterlagen und Internet kann das Stadtpräsidium das Nationalratsmandat teilweise behalten, teilweise erhalten andere Stadtpräsidien nach ihrer Amtszeit im GR in Abhängigkeit vom Alter und der Amtsdauer bis zur Pensionierung 60% des Lohnes ausbezahlt. In Burgdorf ist es während maximal einem Jahr nur 60%. Wenn das Stadtpräsidium in Burgdorf mit maximal Fr. 15'000.-- entschädigt wird, würde das die Gehaltsklasse 24 bedeuten. Mehrere Funktionen in der Stadt Burgdorf würden mehr verdienen als das Stadtpräsidium. Dieser Umstand, dass höhere Kaderleute mehr verdienen als das Stadtpräsidium empfindet die SP-Fraktion als etwas Störendes. Die SP-Fraktion erwartet vom Stadtpräsidium sehr viel, deshalb ist auch klar, dass man am Meisten verdienen soll. Vor allem wenn die Abgangsentschädigung im Vergleich eher bescheiden ausfällt. Die Gesetzgebung in Burgdorf mit dem Entschädigungsreglement und der Verordnung über die Gehaltsklasseneinteilung und Abgangsentschädigung ist vernünftig und nachvollziehbar. Ein punktueller Eingriff in ein System muss gut überlegt sein. Die SP-Fraktion wird sich der Diskussion nicht verschliessen, auch die SP-Fraktion hat einen Stapi-Kandidaten. Die SP-Fraktion wird die Motion grossmehrheitlich ablehnen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, informiert über den Auslöser dieser Motion. Der Auslöser waren die Feststellungen, die primär von der Presse erhoben wurde, betreffend dem relativ hohen Stapilohn in Burgdorf. Die GLP ist der Meinung, dass der Vergleich der Stapilöhne eigentlich nur sinnvoll ist mit ähnlichen Funktionen. Ähnliche Funktionen sind nur Löhne eines vollamtlichen Stadtpräsidiums. Schweizweit steht Burgdorf auf Rang 13 und kantonsweit auf Rang 2. Das ist grundsätzlich fragwürdig und problematisch. Es wurde bereits früher informell gesagt, dass ein Vergleich mit der Funktion eines Geschäftsführers oder CEO in der Privatwirtschaft gemacht werden kann. Das ist nicht ganz unproblematisch. Es ist nicht zu verleugnen, dass es Ähnlichkeiten gibt wie die Verantwortung. Es gibt aber auch Unterschiede, die nicht weg zu diskutieren sind. Der fundamentale Unterschied ist, wer und wie die Stelle besetzt ist. Ein Geschäftsführer und CEO wird nicht demokratisch gewählt und das ist ein Unterschied, dem man nicht aus der Welt schaffen kann. Das politische System funktioniert anders, auch für das Stadtpräsidium. Es gibt keinen Headhunter bei einer solchen Wahl. Der SR wird gebeten, diesen Unterschied nicht zu ignorieren. Die GLP legt dem SR nahe, den Vorstoss an den GR zu überweisen. Die GLP schliesst sich weitgehend der Argumentation des GR an. Wenn der Lohn wie

vorgeschlagen gesenkt würde, wäre das problematisch, wenn Kaderleute mehr verdienen als das Stadtpräsidium. In der Begründung der Motion steht, dass man nicht das ganze Gehaltssystem überarbeiten will. Es ist eine Begründung und nicht der Motionstext. Die GLP ist der Meinung, wenn der politische Wille für die Überarbeitung des Gehaltssystems da ist, müssen wir dies nicht in der laufenden Debatte lösen, sondern ist Gegenstand eines eigenen Vorstosses. Dieser müsste jedoch möglichst rasch eingereicht werden, weil der neue GR Klarheit haben muss. Das ist jedoch ein anderes Thema und ist nicht die Intension des Vorstosses, schliesst aber dieses nicht aus. Gemeinderätin Gübeli Charlotte hat zurecht gesagt, dass man die Finanzen der Stadt Burgdorf mit diesem Vorstoss nicht sanieren möchte. Es gibt jedoch zu bedenken, dass es eine politische Vorbildfunktion der Behörde darstellt. Bei diesem Thema sind wir auch in einer gewissen politischen Pflicht.

Abstimmung

Annahme der Motion.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 15 Ja und 13 Nein Stimmen bei 9 Enthaltungen der Überweisung der Motion zu.

SRB: 2016-55 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

Motion Grünen Burgdorf betreffend 20% barrierefreies Wohnen

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Der Vorsitzende möchte von den Motionären wissen, ob sie die Motion in ein Postulat umwandeln.

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man die Motion in ein Postulat umwandelt.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass das Anliegen sympathisch ist und man dafür Verständnis hat. Der GR ist auch froh über die Umwandlung in ein Postulat. Trotzdem lehnt der GR das Postulat ab. Die Haltung des GR wurde in der Stellungnahme ausführlich dargelegt. Weitere Vorschriften zum barrierefreien Wohnen sind auf verschiedenen Ebenen bereits ausführlich und bis ins Detail geregelt. Darum ist der GR der Meinung, dass es keine zusätzlichen Regelungen mehr braucht. Es gibt eine grosse Sensibilität im Umgang mit diesem Thema. Bei den Überbauungsordnungen wird in Burgdorf darauf hingewiesen, dass barrierefreie Bauen angepackt werden soll. Der Zwang von 20% zu verankern, ist unnötig und erübrigt sich. Man hat den Eindruck, dass für jeden Investor das barrierefreie Wohnen ein Geschäftsfeld darstellt. Der GR empfiehlt die Motion abzulehnen. Auch das Postulat erscheint dem GR als überflüssig. Die Haltung des GR ist eindeutig, es ist nicht nötig und wird bereits freiwillig geregelt.

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, dankt für das Votum. Ein weitere Dank geht an den GR und die Baudirektion, insbesondere an Kurz Birgit. In der Stellungnahme wird anschaulich aufgezeigt, dass bereits diverse Planungsinstrumente und Vorgaben auf den verschiedenen Ebenen für barrierefreies Wohnen geben. Die Baudirektion vermittelt zudem die Sensibilität für die Förderung der Vielfalt und der sozialen Diversität bei neuen Überbauungen. Dies ist ein vielversprechender Ansatz. In der Partei hat sich eine Arbeitsgruppe speziell mit dem demographischen Wandel befasst. In der Arbeitsgruppe sind Fachleute und diese sind der Meinung, dass durchaus Handlungsbedarf besteht. Es gibt durchaus als altersgerechte gehandelte Wohnungen, die bei genauerer Betrachtung Mängel aufweisen. Bei Neubauten wird in gewissen Fällen die Umgebungsgestaltung vernachlässigt. Was nützt eine barrierefreie Wohnung in einem Mehrfamilienhaus, wenn es bei der Haustüre aufhört. Es gibt auch Mankos bei der Kontrolle. Dies wäre mit dem Vorstoss nicht gelöst, aber wäre für das Resultat jedoch ausschlaggebend. Die aktuelle Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften wird nicht konsequent umgesetzt und kontrolliert. Der 20%-Anteil an barrierefreie Wohnungen ist nur ein kleiner Tropfen in der umfassenden Alterspolitik. Dies soll auf der Ebene der Stadtplanung angeregt werden. Die Alterspolitik

betrifft nicht nur das barrierefreie Wohnen, sondern auch die Umgebungsgestaltung, die Einbindung an den öV, Einkaufsmöglichkeiten und eine soziale und kulturelle Durchmischung. Dies ermöglicht es den älteren Leuten, dass sie ihren Alltag länger und autonom gestalten können. Auch die Pläne der Pflegebetten gehen davon aus, dass immer mehr Leute möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können. Es ist deshalb ein wichtiger Ansatz, dass man beim Bauen konsequent auf barrierefreies Wohnen setzt. Wenn Burgdorf in eine zukunftssträchtige und verbindliche Stadt starten will, auch für die Generation 65+, soll das Postulat an den GR überwiesen werden.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass das Postulat unterstützt wird als Unterstützung mit der Stossrichtung für altersgerechtes Bauen. Die Entwicklung soll gefördert werden, dies im Hinblick auf die demographische Entwicklung, die vor uns steht. Die SP-Fraktion nimmt Kenntnis von der sehr ausführlichen Stellungnahme des GR.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 16 Ja und 19 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen das Postulat ab.

SRB: 2016-56 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Städte setzen ein solidarisches Zeichen - Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass es sich um ein wichtiges Anliegen handelt. Beim Flüchtlingsproblem können wir noch zulegen. Das Flüchtlingselend ist riesig, deshalb ist unsere Solidarität gefragt. Wir können und dürfen uns vor den Problemen nicht verschliessen und müssen unseren Teil dazu beitragen. Die Stadt Burgdorf hat sich von Anfang an dem Problem gestellt und voller Überzeugung leisten wir unseren Beitrag. Leider steht in Burgdorf nach wie vor nur eine unterirdische Unterkunft im Vordergrund. Dies ist nicht ideal, aber alle unsere Bemühungen, vor allem auf dem Gebiet des AMP, eine oberirdische Unterkunft anzubieten, sind gescheitert. Immerhin kann festgestellt werden, dass viele weitere Menschen in Burgdorf untergebracht sind. Es sind gegen 300 Personen und das ist deutlich mehr als der Kanton gemäss Schlüssel von Burgdorf erwartet. Die Zahlen sind detailliert in der Vorlage aufgeführt. Die Stadt Burgdorf ist auch Vorbild für die Aufnahmebereitschaft. Die Quote in Burgdorf ist sehr gut. Das Postulat fordert zusätzlich unbürokratisch Flüchtlinge direkt aufzunehmen. An dieser Stelle wird auf die Antwort des GR zu einem ähnlichen Vorstoss der SP-Fraktion hingewiesen. Die Flüchtlingsaufnahme in der Schweiz ist in einem Prozess eingeführt worden. Ein Alleingang einer Stadt wie Burgdorf ist nicht sinnvoll. Viel wichtiger ist, dass wir vor Ort für ein gutes und reibungsloses Zusammenleben sorgen und unseren Teil dazu beitragen. Bei den regelmässigen Runden Tische werden die anstehende Probleme und Fragen geklärt. Es ist zudem grossartig, wie viele Burgdorfer und Institutionen sich um die Flüchtlinge kümmern. Ihnen gehört ebenfalls der Dank. Auch wenn die Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren, soll ihnen Burgdorf als menschenfreundlich in Erinnerung bleiben. Der GR empfiehlt dem SR, dem Antrag des GR zu folgen. Die Stadt Burgdorf nimmt seine Verantwortung wahr.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, dankt allen Verantwortlichen in der Stadtverwaltung für die schnelle und unkomplizierte Unterbringung der Flüchtlingen. Man ist stolz, dass Burgdorf mit gutem Beispiel voran gegangen ist. Mehr als Anregung als Kritik möchte die Grünen-Fraktion dazu aufrufen, weiterhin, auch wenn die städtische Pflicht erfüllt ist, mehr als das zu erwartende Minimum zu leisten, vor allem auch im Hinblick auf die vielen ausstehenden Entscheide bezüglich der Anlage und Unterkunft im Lindenfeld.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt für die ausführlichen Erklärungen von Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth. Ein weiteres Merci, dass nochmals auf den Punkt 2 eingegangen

wurde, da dieser in der Antwort ein bisschen gefehlt hat. Die SP-Fraktion weiss es zu schätzen, was Burgdorf alles leistet. Es ist super, dass Burgdorf seine Vorbildfunktion wahrgenommen hat. Was jedoch erstaunt, ist das aktuell 51 Personen untergebracht sind. Auch wenn es eine unterirdische Unterkunft ist, ist das immer noch besser als auf der Flucht zu sein.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulates zu.

SRB: 2016-57 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SP-Fraktion betreffend die Förderung des autofreien bzw. autoarmen Wohn- und Siedlungsbaus

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Geiser Urs, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die Antwort. Es ist erfreulich, dass in der Verwaltung durchaus im Sinn und Geist der SP-Fraktion gearbeitet wird. Es wurde bereits vor der Inkraftsetzung der Gesetzesänderung so gearbeitet. Für eine ehemalige Fussgänger- und Velomodellstadt gehört es sich, also weiter so. Die SP-Fraktion ist mit der Antwort des GR nur teilweise befriedigt, dies weil man ein bisschen zwischen den Zeilen lesen musste. Man hätte direktere Antworten gewünscht. Als Beispiel sei die Geschichte mit dem Uferweg erwähnt. Die Antwort 3 tönt wie ein interessanter Auftakt, weckt das Interesse, aber dann kommt nichts mehr. Für ein nächstes Mal sollte die Verwaltung mehr Details aufführen, denn die interessieren uns auch. Grundsätzlich ist es so, dass der Investor entscheidet wie viele Parkplätze gebaut werden. Es könnte aber auch der Fall sein, dass mehrere Investoren mit unterschiedlichen Konzepten Interesse haben. So könnte man durchaus auch die Weichen stellen. Sollte es so sein, dass im Bahnhofquartier oder Steinhofquartier, die sehr gut mit dem öV erschlossen sind, die Investoren nicht selber auf die Idee kommen autoarm zu bauen, sie entsprechend darauf hinweisen. Man hat heute Abend erfahren wie schnell die Parkplatzfrage ideologisch ist. Beim autofreien Wohnen gibt es nur Gewinner. Man wollte wissen, wie viele autofreie Wohnungen in Burgdorf vorhanden sind. Die aufgezeigte Statistik war bekannt, aber die sagt etwas anderes aus.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2016-58 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

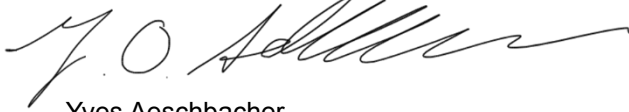
Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Motion GLP betreffend Abschaffung wiederkehrende Grundgebühren für Energie und Wasser
- Dringliche Interpellation Grüne Burgdorf betreffend Folgen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Burgdorf (Das Stadtratsbüro lehnt die Dringlichkeit ab.)
- Interpellation Grüne Burgdorf betreffend giftige Stoffe in Kunstrasen von neuen Fussballfeldern

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Burgdorf, 25. November 2016

Namens des Stadtrates:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Y. Aeschbacher', written in a cursive style.

Yves Aeschbacher
Stadtratspräsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Brigitte Henzi', written in a cursive style.

Brigitte Henzi
Protokollführerin